

Die Entwicklung der industriellen Beziehungen in Bulgarien

Dimitrova, Dimitrina; Dimitrov, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Rainer Hampp Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dimitrova, D., & Dimitrov, S. (1995). Die Entwicklung der industriellen Beziehungen in Bulgarien. In A. Bieszcz-Kaiser, R.-E. Lungwitz, & E. Preusche (Hrsg.), *Industrielle Beziehungen in Ost und West unter Veränderungsdruck* (S. 67-76). München: Hampp. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-413235>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Entwicklung der industriellen Beziehungen in Bulgarien

Dimitrina Dimitrova / Stefan Dimitrov

1. Das Umfeld der industriellen Beziehungen

Die 1989 ausgelösten wirtschaftlichen und politischen Reformen in Osteuropa haben kein historisches Vorbild. Sie sind auf die tiefgreifende Transformation der vom Sozialismus überkommenen Strukturen und Institutionen gerichtet. In Bulgarien wie auch in den anderen Ländern der Region betrachtete man nur das Konzept des „*Big Bang*“ als den einzig möglichen Weg zur Erreichung dieses Zieles. Diese Herangehensweise, auch als „*Schocktherapie*“ bekannt, entstammt der klassischen Modernisierungstheorie und dem orthodoxen liberalen Denken. Die Schocktherapie betont die Rolle des freien Marktes, die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, die Liberalisierung des Handels und die Privatisierung. Sie befürwortet eine bestimmte Abfolge makroökonomischer Maßnahmen, beginnend mit einer Liberalisierung der Preise und des Handels. Die strukturellen Anpassungsprogramme der Weltbank und des IWF, wie sie während der letzten zwei Jahrzehnte in vielen Entwicklungsländern realisiert wurden, basieren auf dieser Sichtweise. In welchem Maße sind diese Programme aber tatsächlich paßfähig für die Realität in Osteuropa und insbesondere in Bulgarien? Enthalten diese Programme auch alternative Modelle, die die Besonderheiten der Region widerspiegeln?

Es ist noch zu früh, um allgemeine Schlußfolgerungen über die Auswirkungen des Big-Bang-Konzeptes in Bulgarien zu ziehen. Das Anliegen dieses Beitrages liegt eher darin, auf der Grundlage der bulgarischen Erfahrungen einige mit diesem Konzept verbundene Probleme zu diskutieren und dabei den Zusammenhang zu dem sich neu herausbildenden System industrieller Beziehungen deutlich zu machen.

1.1 Die ökonomischen Ergebnisse

Es besteht kein Zweifel daran, daß die Ergebnisse der Verwirklichung eines jeden Konzeptes von den konkreten nationalen Bedingungen abhängen. Der Ausgangspunkt des Transformationsprozesses in Bulgarien war durch negative Trends gekennzeichnet. Obwohl es zwischen 1945 und 1980 zu einem raschen Wachstum kam, waren die achtziger Jahre, insbesondere nach 1985, durch eine sinkende ökonomische Wachstumsrate, durch strukturelle Ungleichgewichte und technologische Rückständigkeit gekennzeichnet. Ende 1989 war sowohl die nationale als auch die internationale Schuldenlast beträchtlich. Die Auflösung des COMECON traf den bulgarischen Export, der in besonderer Weise auf die sowjetischen Märkte ausgerichtet war. Der Krieg in Ex-Jugoslawien hat starke negative Auswirkungen auf Bulgarien, sowohl direkter als auch indirekter Art. Bulgarien ist durch das internationale Embargo am stärksten betroffen. Die Instabilität der Region wirkte sich hemmend auf die ausländischen Investitionen aus. Die Märkte der Europäischen Union sind für bulgarische Güter verschlossen, nicht nur aus Gründen der Qualität, sondern auch wegen der protektionistischen Politik der EU.

Vor diesem Hintergrund erzielte die in Bulgarien mit Unterstützung der Weltbank und des IWF praktizierte Schocktherapie nicht die angestrebten Resultate. Die in Gang gesetzten monetaristischen Maßnahmen führten zu einem starken wirtschaftlichen Einbruch.

Fall des BSP von 1989-1993

1989	1990	1991	1992	1993
100	87,4	70,5	60,0	54,0

Quelle: Statistisches Handbuch, Sofia, Nationales Amt für Statistik, 1993, S. 93

Fall der Industrieproduktion von 1989-1993

1989	1990	1991	1992	1993
100	83,2	64,7	54,4	50,7

Quelle: Statistisches Handbuch, Sofia, Nationales Amt für Statistik, 1994, S. 130

Index der Inflation

1989	1990	1991	1992	1993	1993
100	573,7	79,5	63,9	68,7	100,3

Quelle: Indizes der Preise und Inflation, Sofia, Bulletin des Nationalen Statistischen Instituts, Dezember 1993

Wie diese Statistiken zeigen, sind die wirtschaftlichen Ergebnisse des praktizierten Konzeptes recht dramatisch. Sie beeinflussten die Wohlfahrt der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes.

1.2 Die sozialen Konsequenzen

Die Hoffnungen, die der Reform einst Glaubwürdigkeit und Massenunterstützung verliehen, bestanden in der Aussicht auf individuelle Freiheit und Privateigentum. Sie waren mit der Erwartung größerer Möglichkeiten für das Individuum und der raschen Herausbildung einer Mittelklasse verbunden. Der Enthusiasmus der Massen war taub gegenüber den Warnungen der Experten vor einer langwierigen und schmerzhaften Übergangsperiode. Falsche Hoffnungen und überzogene Erwartungen wurden jedoch bald enttäuscht. Sie gerieten in einen scharfen Gegensatz zur Wirklichkeit des Überganges, der durch hohe Arbeitslosigkeit und Verarmung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung gekennzeichnet war. Im Juni 1994 gab es 721 Tausend Arbeitslose, das sind mehr als 20 Prozent der aktiven Bevölkerung. Es gibt einen Trend in Richtung Langzeitarbeitslosigkeit. 30 Prozent der Arbeitslosen sind länger als ein Jahr ohne Arbeit. 1993 lebten zwei Drittel der Bevölkerung unter dem sozialen Minimum. Nach Angaben des Nationalen Instituts für Statistik stieg diese Zahl infolge einer sprunghaften Preiserhöhung im April 1994 auf 85 Prozent im September dieses Jahres. Nur 4 Prozent der Bevölkerung verfügen über hohe und sehr hohe Einkommen.

Eine Desillusionierung der Bevölkerung wurde in soziologischen Untersuchungen bereits 1992 festgestellt. Sie zeigen keinen Optimismus bezüglich einer künftigen Verbesserung der finanziellen Situation der privaten Haushalte. Diese Meinung wurde 1992 von 47,3% der Befragten und 1993 von 49,4% geteilt (Kostov 1994:65).

Angesichts dieser Umstände schwindet die öffentliche Unterstützung für das praktizierte Modell. Daten einer landesweiten Längsschnittuntersuchung „*Risiken in der gegenwärtigen Gesellschaft*“ verweisen auf eine wachsende Enttäuschung. Der Anteil der Befragten, die die sich vollziehenden Veränderungen im Land als „*überwiegend negativ*“ bewerteten, stieg von 31,1% 1992 auf 45,6% 1993. Immer mehr Menschen würden ein eher schrittweises Konzept der Transformation vorziehen (Genov 1994a:8 und 1994b:32). Folglich ist es für den Ausgang der Reform von entscheidender Bedeutung, die öffentliche Unterstützung durch eine Senkung der sozialen Kosten und durch ihre gerechte Verteilung aufrecht zu erhalten.

1.3. Der kulturelle Wandel und die Entstehung von Institutionen

Die sich im Lande vollziehende tiefgreifende Transformation beinhaltet auch einen längeren Prozeß institutionellen Wandels. Dieser Prozeß basiert auf einer Veränderung von Werten und Normen, die selbst einen komplexen und langsam verlaufenden Prozeß darstellt. Dies wird durch die Anhänger des Big-Bang-Konzeptes häufig unterschätzt, das die implizite Annahme einer Effizienz „*importierter*“ Institutionen enthält.

In Bulgarien schließt dieser Prozeß den Wandel von einer kollektivistischen zu einer individualistischen Tradition ein. Dieser kulturelle Wandel wird durch widersprüchliche Erwartungen charakterisiert. Belege dafür liefert die bereits zitierte Untersuchung. Ungeachtet der Tatsache, daß 65 Prozent der Befragten die Meinung vertraten, daß der Staat die private Initiative in voller Freiheit gewährleisten muß, wird dem Staat in den Wahrnehmungen der Befragten eine zentrale Versorgungsrolle zugewiesen. 78 Prozent meinten, daß der Staat für soziale Sicherheit sorgen sollte, 80 Prozent verlangten kostenlose Gesundheitsfürsorge und 60 Prozent kostenlose Bildung. Der von der Mehrheit der Befragten vertretene Standpunkt unbegrenzter Freiheit der privaten Initiative ist losgelöst von den dominanten Mustern tatsächlichen individuellen Verhaltens. Die Bereitschaft zur individuellen Übernahme von Risiken ist nicht allzuweit entwickelt. Daten aus der gleichen Untersuchung zeigen, daß die Mehrheit der Befragten Sicherheit und Ruhe gegenüber Wandel und Risiko vorzieht (Zacharieva 1994:140). Diese Befunde verweisen auf das Weiterbestehen einer Kultur der Abhängigkeit von Institutionen. Diese Kultur untergräbt das Vertrauen in einen Staat, der sich von einer aktiven Regulierung

in vielen Bereichen zurückgezogen hat. Das Vertrauen zu anderen demokratischen Basisinstitutionen wie dem Parlament ist ebenfalls gering. So ist, einer Gallup-Umfrage vom September 1994 zufolge, das Vertrauen zum Parlament dauerhaft niedrig und lag während der letzten Monate unter 30 Prozent.

Die kollektivistischen Werte und die „gelernte Hilflosigkeit“, typisch für das frühere Regime, passen nicht zu der Notwendigkeit von Initiative, Mitbestimmung und Risikobereitschaft, die von vitaler Bedeutung für die Effizienz demokratischer Institutionen und Marktmechanismen sind. Demzufolge sind die neuen Institutionen noch instabil und weisen ein Legitimitätsdefizit auf. Der Zeithorizont des Wandels von Normen und Werten muß bei der Untersuchung des institutionellen Wandels berücksichtigt werden.

1.4 Die politischen Auswirkungen

Die Realisierung der sozial kostspieligen Schocktherapie untergräbt die politische Stabilität im Land. Wie bereits erwähnt, sind die Fundamente der demokratischen Institutionen noch brüchig. Dies resultiert auf der einen Seite aus der politischen Entfremdung als Erbe des Totalitarismus. Andererseits trägt auch die noch wenig fortgeschrittene Herausbildung wirtschaftlicher Interessen einzelner Gruppen zu der politischen Zersplitterung und der Anfälligkeit politischer Konstellationen im Transformationsprozeß bei. Darüber hinaus untergrub auch die Abhängigkeit der Regierung vom Internationalen Währungsfonds die Autorität und Legitimität des Staates. Der wichtigste Faktor jedoch, der die politische Stabilität in Bulgarien untergräbt, wo in den letzten fünf Jahren fünf Regierungen verschlissen wurden, besteht in der Schwierigkeit, wirtschaftliches Wachstum zu erreichen und zugleich keine weitere Verschärfung der sozialen Probleme zuzulassen. Es erwies sich als schwierig, die Reformen weiterzuführen und zugleich die Popularität der Regierungen aufrecht zu erhalten. Dies untergräbt das Vertrauen in die Demokratie und schürt den Glauben an die Notwendigkeit einer „starken Hand“. In der Tat zeigte eine kürzliche Gallup-Umfrage, daß jeder fünfte Befragte bereit wäre, eine „starke, nichtdemokratische Regierung“ zu akzeptieren, sofern sie nicht extremer Natur ist.

Das polarisierte politische Spektrum und das Fehlen einer grundlegenden Kompromißformel schaffen die Bedingungen für ein Pendeln von links nach rechts bzw. für Regierungsformen, wie sie beispielsweise aus der Geschichte Lateinamerikas bekannt sind. Der Mangel an Kontinuität und Konsistenz, wie er für längere Perioden politischer Instabilität charakteristisch ist, stellt keine günstige Voraussetzung für ein stabiles wirtschaftliches Wachstum dar. Die Beachtung der sozialen Kosten der Reform ist eine unerläßliche Voraussetzung für die Legitimität des Staates und für den Erfolg der Reform.

Die Erfahrungen etablierter Demokratien belegen, daß politische Stabilität leichter erreicht werden kann durch einen sozialen Dialog und die Etablierung eines entsprechenden Systems industrieller Beziehungen.

2. Industrielle Beziehungen im Wandel

Die Führung eines authentischen sozialen Dialogs ist eine wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens und des sozialen Zusammenhaltes in der Transformationsperiode. Die Institutionalisierung eines neuen Systems industrieller Beziehungen kann analytisch in zwei Phasen unterteilt werden. Die erste Phase besteht in der Herausbildung unabhängiger Akteure. Sie beinhaltet die Emanzipation der früheren Gewerkschaften von staatlicher Kontrolle und die Schaffung eines gewerkschaftlichen Pluralismus sowie die Entstehung vom Staat unabhängiger Unternehmerverbände. All dies setzt auch eine neue Rolle des Staates voraus. Die zweite Phase besteht in der Etablierung eines sozialen Dialogs bzw. einer Zusammenarbeit zwischen Staat, Unternehmern und Gewerkschaften (Tripartite). Die Herausbildung neuer Akteure ist in Bulgarien ein Prozeß, der nicht frei von Spannungen verläuft. In welchem Maße sind die im Entstehen begriffenen Akteure in der Lage, die Interessen der Arbeitnehmer, der Unternehmer und der Regierung adäquat auszudrücken und zu vertreten?

Wie in den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern waren in Bulgarien vor 1989 fast alle Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Dies wurde durch die Argumentation ideologisch untermauert, daß nach der Abschaffung des Privateigentums keine Notwendigkeit mehr bestand, die Interessen der Lohnarbeiter zu schützen. Statt dessen wurden die Gewerkschaften zu Interessenvertretern des einzigen Arbeitgebers, des Staates. Unter diesen

Bedingungen gab es auch keinen Spielraum für eine unabhängige Arbeitgeberorganisation.

Die Emanzipation der Gewerkschaft begann 1990, als sie eine neue Struktur annahm und neue Funktionen übernahm. Sie konstituierte sich als eine freiwillige nationale Vereinigung unabhängiger und gleicher Berufsgewerkschaften, Verbände und deren Organisationen - CITUB (Konföderation der unabhängigen Gewerkschaften Bulgariens). Die andere einflußreiche Gewerkschaft - CL Podkrepa - entstand 1989. Es handelte sich um eine Dissidentenorganisation, die durch eine kleine Gruppe Intellektueller ins Leben gerufen wurde. Sie spielte eine bedeutende Rolle im Demokratisierungsprozeß, indem sie an der Oppositionsbewegung teilnahm und zum Sturz des kommunistischen Regimes beitrug. Im Verlauf der letzten Jahre entstanden mehr als 20 weitere Gewerkschaften in Bulgarien.

Verglichen mit dem Stand von November 1991, ist das Niveau gewerkschaftlicher Organisiertheit im Abnehmen begriffen. Dennoch bleibt der allgemeine Organisationsgrad hoch, er beträgt über 65 Prozent der Beschäftigten. Die Etablierung eines gewerkschaftlichen Pluralismus verläuft indes nicht ohne Spannungen. Die Gewerkschaftsbewegung im Land ist gespalten. Der grundlegende Wert, der mit der Herausbildung des Pluralismus einhergehen müßte, nämlich die Solidarität, wird durch die Konkurrenz der beiden großen Gewerkschaften um Einfluß untergraben. Dies vollzieht sich auf Kosten der Kampfkraft der Gewerkschaften und behindert deren Fähigkeit, die Interessen der Beschäftigten angesichts so gravierender Probleme wie Arbeitslosigkeit und massenhafte Verarmung auszudrücken und zu vertreten. Ein aktuelles Beispiel für den Nutzen, den die Regierung aus der mangelnden Kooperation zwischen den großen Gewerkschaften zieht, besteht in deren Weigerung, unter den Bedingungen der hohen Inflation im Jahr 1994 einer Bindung der Löhne an die Lebenshaltungskosten zuzustimmen.

Die Institutionalisierung von Arbeitgebervereinigungen wird wesentlich durch den bereits erwähnten Funktionswandel charakterisiert, der daraus resultiert, daß der Staat früher der wichtigste Arbeitgeber war. Im Verlaufe der letzten Jahre bildeten sich mehrere Arbeitgeberorganisationen heraus, die Bulgarische Industrie- und Handelskammer ist die einflußreichste von ihnen. Sie besteht aus Managern der Staatsbetriebe, beruht auf föderalen Prinzipien und weist eine ausgeprägte regionale und Branchenstruktur auf. Die Privatunternehmer haben

ihre eigenen Verbände gegründet. Zu den einflußreichsten gehören „RENAISSANCE“ und die „Vereinigung der privaten Wirtschaftsunternehmen“. Die Arbeitgebervereinigungen sind gegenwärtig mit einer Reihe von Problemen konfrontiert. Aufgrund der Tatsache, daß 1993 noch mehr als 90 Prozent des Eigentums dem Staat gehörten, sind Status und Rolle der Unternehmer noch unklar. Zunächst einmal kann man sie kaum als unabhängig bezeichnen, da die Leiter der staatlichen Firmen durch das Ministerium ernannt werden. Folglich können sie keine eigenständigen Interessen vertreten und es mangelt ihnen an Legitimität. Ein weiteres wesentliches Problem besteht in fehlender Erfahrung mit derartigen Organisationen sowie in mangelnden Ressourcen.

Die Rolle des Staates bei der Regelung der industriellen Beziehungen in der Transformationsperiode ist eng verbunden mit dem oben diskutierten Modell der Wirtschaftsreform. Die Debatten in dem stark polarisierten politischen Spektrum offenbaren wesentliche Differenzen bezüglich der Frage, in welchem Maß der Staat in das wirtschaftliche Leben eingreifen sollte. Die politische Instabilität trägt auch nicht zu einer konsistenten Politik im Bereich der industriellen Beziehungen bei. Während der Zeit der letzten fünf Regierungen wechselten sich Perioden, die durch eine feindliche Haltung gegenüber den Gewerkschaften geprägt waren, mit Perioden des sozialen Dialoges ab. Die Ablehnung der Gewerkschaften und eine fehlende Zusammenarbeit mit ihnen führten zu einer Streikwelle in den Jahren 1992 und 1994. Diese Konflikte untergruben den sozialen Frieden und verkürzten die Amtszeit der jeweiligen Regierungen.

Die zweite Phase der Institutionalisierung industrieller Beziehungen besteht im Aufbau eines Systems der sozialen Partnerschaft. Dies schließt die Herausbildung und Legitimierung der Interessen aller beteiligten Seiten ein und beginnt mit der Veränderung der rechtlichen Basis der industriellen Beziehungen. Wichtige Schritte in diese Richtung wurden bereits getan. Anfang 1993 wurde ein neues Arbeitsgesetz beschlossen. Es regelt die rechtlichen Grundlagen der Zusammenarbeit im Rahmen des Tripartismus. Kollektive Aushandlungsprozesse werden zur Basis für die Regulierung der industriellen Beziehungen. Auch das Vertretungsproblem wurde rechtlich geregelt. Die dreiseitige Zusammenarbeit vollzieht sich auf drei Ebenen: einer nationalen Ebene, einer Branchen- bzw. regionalen Ebene und der Unternehmensebene. Der nationale Rat für dreiseitige Zusammenarbeit dient der Konsultation und Kooperation sowohl in bezug auf Probleme des Arbeitslebens als auch der

sozialen Sicherheit und des Lebensstandards. Die Teilnehmer sind Vertreter der Regierung, der Gewerkschaften und der Arbeitgebervereinigungen, wobei letztere durch den Ministerrat festgelegt werden.

Obwohl die rechtliche Grundlage für ein neues System der industriellen Beziehungen gelegt wurde, ist das Führen eines ständigen sozialen Dialoges unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen schwierig. Die Errichtung eines derartigen Systems hängt vom allgemeinen Stand des Institutionalisierungsprozesses und von der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft ab. Dieser Prozeß wird durch strukturelle Hemmnisse gebremst. Fünf Jahre nach dem Beginn des Transformationsprozesses befinden sich die Strukturreform und die Privatisierung noch in einem sehr frühen Stadium. Aus diesem Grund ist die Herausbildung der Interessen der beteiligten Seiten noch längst nicht abgeschlossen, was die Entstehung von funktionsfähigen unabhängigen Institutionen zur Interessenvertretung behindert. Der bereits erwähnte Mangel an Autonomie der Manager in den Staatsbetrieben führt häufig zu einer Ausweitung industrieller Konflikte. Während der letzten Jahre gab es eine größere Zahl von Fällen, wo sich industrielle Konflikte in großen Betrieben bzw. Branchen gegen die betreffenden Ministerien richteten, die einzigen autorisierten Institutionen zur Lösung der entsprechenden Probleme. Auf diese Weise werden industrielle Konflikte häufig zu politischen Konflikten, die die ohnehin fragile politische Stabilität weiter untergraben.

Es wäre nicht übertrieben, würde man zu der Schlußfolgerung gelangen, daß das in Bulgarien praktizierte Modell der Transformation das Land in absehbarer Zukunft vor ein Dilemma stellen dürfte: Entweder opfert man die Demokratie im Namen des wirtschaftlichen Wachstums (der Fall Chile) oder man überdenkt das Tempo des Transformationsprozesses, um gleichzeitig eine gesellschaftlich akzeptierte Wirtschaftsreform und eine Demokratisierung zu vollziehen. Es ist eine Tatsache, daß die Tiefe der wirtschaftlichen Krise, die schwachen demokratischen Institutionen und das kulturelle Erbe des früheren Regimes keine günstigen Voraussetzungen für komplexe und mit hohen sozialen Kosten einhergehende Wirtschaftsreformen darstellen. Um jedoch autoritäre Lösungen zu vermeiden, ist es notwendig, das Grundkonzept der Reform zu überdenken. Ein graduelles Konzept, das die sozialen Kosten der Reform und die Notwendigkeit eines ständigen sozialen Dialoges berücksichtigt und nach

sozialer Integration sucht, dürfte das Kernstück einer derartigen Veränderung darstellen.

Literatur

Genov, N. (1994a): *Sociology in a Rapidly Changing Environment*. In: Genov, N. (Ed.) *Sociology in a Society in Transition*, Sofia

Genov, N. (1994b): *Post-totalitarian Paradoxes: Manifest and Latent*. In: Genov, N. (Ed.): *Risks of the Transition*, Sofia

Zakharieva, M. (1994): *Value Systems in a Transition Period*. In: Genov, N. (Ed.): *Sociology in a Society in Transition*, Sofia

Kostov, G. (1994): *Cost of the Economic Crisis*. In: Genov, N. (Ed.): *Risks of the Transition*, Sofia

The Bulgarian Challenge, Reforming Labour Market and Social Policy, Budapest ILO, 1994